

Wald statt Asphalt?

Wir brauchen eine neue Diskussion über den Bau von Straßen



Vor 5 Jahren war ich uneingeschränkt für die Tangential-Verbindung-Ost (TVO). Eine Schnellstraße, die ab Spindlersfeld durch die Wuhlheide bis zur B1/B5 verlaufen soll. Vor ein paar Wochen war die TVO nicht einmal mehr ein Thema. Denn die Koalition aus SPD, Linken und Grünen haben dieses Projekt vereinbart. Doch weder bei der geplanten S-Bahn (Schienen-TVO), noch bei der Straßen-TVO geht es merklich voran. Und selbst die Grünen halten an dem Projekt fest.

Der anstehende Wahlkampf hat das Thema nun wieder auf die Tagesordnung gehoben. Umweltverbände und auch zahlreiche Anwohnerinnen und Anwohner haben sich gegen den Bau der 4-spurigen Schnellstraße durch die Wuhlheide ausgesprochen. Für den Bau der TVO sollen in der Wuhlheide fast 15 Hektar Waldfläche gerodet und versiegelt werden.

Die Rodung betrifft wertvolle Waldflächen, die der Erholung und dem Grundwasserschutz dienen. Die Pläne für den Bau der TVO stammen aus dem Jahr 1969, sind also 52 Jahre alt.

Seitdem hat sich viel verändert. Wir wissen, dass der Autoverkehr nicht einfach weiterwachsen kann. Der Klimawandel ist eine deutlich größere Bedrohung für uns, unsere Kinder und unsere Art des Lebens, als der aktuelle Corona-Virus. Wir müssen unsere Mobilität umweltfreundlicher gestalten. Dies hat auch mich dazu gebracht, meine grundsätzlich positive Haltung zur Straßen-TVO zu überdenken. Weiterhin bin ich uneingeschränkt für den Bau der S-Bahn (Schienen-TVO), welche die derzeit vom Autoverkehr überlasteten Kieze viel besser erschließen würde und eine schnelle Alternative wäre, um vom Nordosten Berlin in den Südosten zu kommen.

Doch ich weiß, dass es zahlreiche Bürgerinnen und Bürger gibt, die leidenschaftlich für die neue Straße kämpfen. Deshalb müssen wir die Diskussion um den Bau neuer Straßen am Beispiel der Straßen-TVO als Stadtgesellschaft neu führen und neu entscheiden. Wir müssen Politik für die Zukunft, für die Stadt in 10 oder 20 Jahren machen. Nicht nur, weil sich Mehrheiten ändern, sondern weil sich die Menschen ändern.

Fehler wieder gut machen

Das Land Berlin kauft das Stromnetz zurück



Ich wollte u.a. in die Politik, weil der Ausverkauf des Eigentums des Staates mir in den 90er und 00er Jahren viel zu weit ging. Hierzu gehörte auch der Verkauf des Berliner Stromnetzes. Aus damaliger Sicht war dies vielleicht eine nachvollziehbare Entscheidung, ein Fehler war es trotzdem. Diesen Fehler werden wir noch vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus rückgängig machen. 2,143 Milliarden Euro wird das Vorhaben kosten. Der Kauf der Stromnetz Berlin GmbH wird über Kredite in Verbindung mit der Übernahme von Landesbürgschaften finanziert werden. Steuergelder werden nicht eingesetzt!

Vorgesehen ist auch, dass nicht nur die Stromnetz Berlin GmbH mit ihren derzeitigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Verantwortungsbereich des Landes Berlin übergeht. Auch sollen weitere Beschäftigte aus dem Vattenfall-Konzern, die schon bisher Service-Aufgaben für die Stromnetz Berlin GmbH wahrgenommen haben, ebenfalls in die Gesellschaft wechseln. Für die Kundinnen und Kunden entstehen keine zusätzlichen Kosten. Die Gewinne der Zukunft werden jedoch auch in die Tilgung der Kredite fließen. Berlin bekommt das Stromnetz zurück und ein Fehler der Vergangenheit wird korrigiert.

So können Sie mich erreichen:

Abgeordnetenhaus:	Wahlkreisbüro	Sprechstunde
Abgeordnetenhaus Niederkirchnerstraße 5 10117 Berlin Tel.: 030 / 23 25 22 90	Rathaus Johannisthal Sterndamm 102 12487 Berlin Tel.: 030 / 40 74 22 73	Mittwochs, 14:30 - 16:30 Uhr SPD-Ansprechbar Siemensstraße 15 12459 Berlin

Wenn es schnell gehen muss: 0179 / 39 34 615 (auch WhatsApp, Telegram)
wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de | www.lars-duesterhoeft.de

Ansprechbar

Zeitung von Lars Düsterhöft

Für Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin



Ausgabe 2. Quartal 2021

Gedruckt auf Recyclingpapier

Wir brauchen den Bundes-Mietendeckel Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Das Bundesverfassungsgericht hat am 15. April den Mietendeckel gekippt. Nicht, wie ich vermutet hatte, wegen inhaltlicher Fehler. Das Bundesverfassungsgericht hat Berlin die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bereich abgesprochen. Heißt: Berlin darf KEINE Gesetze zur Begrenzung der Mieten erlassen.

Auch wenn ich dem Mietendeckel nicht zugestimmt habe, das ist kein Grund zur Freude. Im Gegenteil! Dieses Urteil, basierend auf einer Klage von CDU und FDP, trifft tausende Berlinerinnen und Berliner, die in den letzten Monaten Schattenmietverträge unterzeichnen mussten oder unter Vorbehalt erlassene Mieterhöhungen hingenommen haben. Und auch die Schadenfreude der CDU, FDP und AfD sollte längst verflogen sein. Denn das Verfassungsgericht hat klar gesagt, dass nur der Bund solche Gesetze erlassen darf. Im Bund blockiert die CDU seit Jahren die Vorschläge der SPD. So kam es überhaupt zum Mietendeckel.

Für mich ist dieses Urteil daher der Grund nun einen Mietendeckel auf Bundesebene zu verlangen. Hier muss ein Bundesgesetz erlassen werden, das mit Augenmaß und

konsequent den stetig steigenden Mieten in den Ballungsräumen etwas entgegen setzt. Bei den anstehenden Bundestagswahlen wird dieses Thema hoffentlich eine große Rolle spielen. Denn die Zustimmung zur Idee des Mietendeckels war in Berlin überragend.

Der Weg war mutig. Das Instrument neu. Das Gesetz im Detail fehlerhaft. Es beendet einerseits Ungerechtigkeiten, schuf zugleich aber neue. Besonders die Absenkung der Mieten war von ideologischen Vorgaben geprägt, die auf keinen objektiven Daten fußten. Daher unterstützte ich das Gesetz nicht. Trotzdem ist der Berliner Mietendeckel eine erste Blaupause, um es auf Bundesebene besser zu machen.

Wichtig ist nun, dass niemand unter dem Scheitern des Gesetzes leidet. Es ist gut, dass zahlreiche Vermieter auf die Nachzahlung der Mieten verzichtet haben. Neben den Landesunternehmen tun dies auch zahlreiche private Vermieter. Es ist gut, dass es einen Notfallfond für die Menschen gibt, die die Nachzahlungen allein nicht tragen können.

Ihr Lars Düsterhöft

Deutsche Wohnen & Co enteignen?

Ein Staat muss Gesetze erlassen und nicht enteignen



Im Ziel sind sich wohl alle einig. Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt. Die Mietsteigerungen der letzten Jahre sorgen dafür, dass die Berlinerinnen und Berliner immer mehr von Ihrem Einkommen für die Miete zahlen müssen. Die Stadt ist nicht nur attraktiv, sondern auch recht teuer geworden.

Die Initiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ möchte hierzu private Wohnungsunternehmen mit mehr als 3000 Wohneinheiten verstaatlichen. Dies soll dazu führen, dass die Mieten gesenkt, die Häuser besser gepflegt und die Mieterschaft mehr Mitspracherechte bekommt. Diese zunächst besonders für Mieterinnen und Mieter charmant klingende Initiative hat jedoch viele Haken.

Die Kosten für den Zwangskauf

Es gibt unterschiedlichste Schätzungen, wie teuer der Zwangsverkauf bzw. Zwangskauf der gut 226.000 betroffenen Wohnungen werden würde. Die Initiative rechnet mit gut 8 Milliarden Euro. Der Senat

schätzt zwischen 28,8 und 39,5 Milliarden Euro. Da jedoch nicht klar ist, wann es zur Enteignung kommen würde - der Volksentscheid würde bewirken, dass ein entsprechendes Gesetz erarbeitet wird, welches dann noch vor dem Bundesverfassungsgericht bestehen muss -, kann man nur Vermutungen anstellen, wie sich die Immobilienwerte in den nächsten 5 bis 10 Jahren entwickeln. Ausgehend von der Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist mit noch einmal deutlich höheren Kosten zu rechnen.

Senkung der Mieten nach Enteignung?

Ein Versprechen der Initiative ist, dass die Mieten sinken würden. Die durchschnittliche Kaltmiete pro Quadratmeter bei der Deutschen Wohnen lag 2019 laut eigenen Angaben bei 6,95 Euro. Der gesamte Berliner Durchschnitt lag zur selben Zeit bei 6,72 Euro. Bei den Neuvermietungen liegt die Deutsche Wohnen sogar unter dem Durchschnitt. Auch wenn die Deutsche Wohnen kein guter Vermieter sein mag, die Mieten sind im Durchschnitt nicht besonders überzogen.

Die Enteignung soll über die Aufnahme von Krediten am freien Markt finanziert werden. Diese Kredite müssen natürlich auch zurückgezahlt werden. Weder kennen wir die Zinsbelastung in 5 bis 10 Jahren, noch die Kosten. Nun Mietsenkungen zu versprechen ist daher nicht ehrlich.

Mehr als 3000 Wohnungen = Enteignung

Ein weiterer Kritikpunkt ist die willkürliche Größe, ab der Unternehmen enteignet werden sollen. Die Initiative fordert Enteignungen ab einem Bestand von 3000 Wohnungen. Warum nicht mehr? Warum nicht weniger? Erklären kann man diese Größenordnung nicht. Sie ist willkürlich und geht an den wirklichen Bedarfen vorbei. Schlechte Vermieter mit weniger als 3000 Wohnungen haben auch in Zukunft nichts zu befürchten. Gute Vermieter mit niedrigen Mieten aber mehr als 3000 Wohnungen würden enteignet werden. Wenn die Frage von Enteignungen an solch einer willkürlichen Zahl festgemacht wird, dann verursacht dies viel Unsicherheit. Werden demnächst alle Eigentümer mit 1000 Wohnungen auch enteignet?

Enteignungen als Ausdruck der eigenen Unfähigkeit?

Das wichtigste Argument gegen diese Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ ist jedoch, dass unsere Gesellschaft seit Jahrzehnten sehr gut damit fährt, gestaltende und Grenzen aufzeigende Gesetze zu erlassen. Wenn wir als Gesellschaft mehrheitlich unzufrieden sind mit der Höhe der Mieten oder mit der unzureichenden Instandhaltung der Gebäude, dann müssen wir entsprechende Gesetze erlassen. Gleiches gilt für den Fall, dass die Unternehmen nur auf die eigene Rendite achten. Unternehmen, die sich an unsere

Gesetze halten, zu enteignen ist jedoch absurd. Die Unterstützung der Initiative durch einige Parteien ist ein Eingeständnis der Unfähigkeit Mehrheiten für entsprechende Gesetze zu gewinnen.

Rechtliches Neuland statt Lösungen

Von der Initiative wird vorgetragen, dass Enteignungen alltäglich seien. Das stimmt. Allerdings erfolgen diese stets auf Basis von §14 des Grundgesetzes. Die Initiative stützt sich jedoch auf §15 des Grundgesetzes. Dieser Paragraph sieht Vergesellschaftungen vor. Klar ist also, dass wir rechtliches Neuland betreten. Wie dies ausgehen kann, haben wir erst beim Berliner Mietendeckel erfahren. Meine Kritik ist, dass wir uns damit auf ein Experiment einlassen würden, dessen Ergebnis wir erst nach 5 oder 10 Jahren kennen würden. Wir haben jedoch JETZT die Probleme und brauchen zeitnah Lösungen. Über die rechtlich möglichen Wege, die Mieten zu deckeln und unverantwortliche Vermieter an die kurze Leine zu nehmen, wird aber nicht diskutiert.

Deutschland braucht andere Mehrheiten

Das Ziel ist richtig. Auch ich will mehr Wohnungen in kommunalem Eigentum. Auch ich will die überzogenen Mieten deckeln. Und ich hätte gern eine Handhabe gegen unverantwortliche Vermieter, die ihre Häuser vergammeln lassen. Die Initiative bietet jedoch keine Lösung an. Lösungen kann es nur durch Gesetzesänderungen geben. Für diese brauchen wir andere politische Mehrheiten. Am 26. September wird der Bundestag neu gewählt. Wir alle haben die Möglichkeit Parteien zu unterstützen, die für eine andere Mietenpolitik stehen, als es die CDU/CSU, FDP und AfD tun. Für diese Mehrheiten kämpfe ich.

Am Tag und aus eigener Hand

Die Reinigungskräfte sind Teil des Schulteams



Das Thema Schulreinigung ist in vielen Berliner Schulen bereits seit Jahren höchst problematisch. Saubere Schulgebäude, insbesondere saubere Toiletten sind unabdingbar für eine gute Lehr- und Lernatmosphäre. Doch in vielen Schulen wird die Reinigungsleistung als ungenügend beklagt und das Reinigungspersonal ist den Schülerinnen und Schülern sowie den Pädagogenteams unbekannt.

Zudem arbeitet ein Großteil der Reinigungskräfte unter prekären Arbeitsbedingungen. Deshalb haben wir uns auf den Weg gemacht, die Schulreinigung zu rekommunalisieren - weg von Privatunternehmen zurück zum Staat. Mit der Rekommunalisierung der Schulreinigung soll die Einhaltung höherer Arbeits- und Sozialstandards sichergestellt werden. Überall dort, wo das Land Berlin als Arbeitgeber in der Verantwortung steht, muss für gute

Arbeitsbedingungen und eine faire tariflich geregelte Bezahlung gesorgt sein.

Durch festes Personal und regelmäßige Tagesreinigungen soll die Bindung und gemeinsame Verantwortung von Reinigungskräften, Schulleitung und Pädagogenteams gestärkt werden, und so, neben der wichtigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch zu einer Verbesserung der Reinigungsleistung führen.

Geht es nach der SPD, dann fangen wir schon zum kommenden Schuljahr 2021/2022 mit der Rekommunalisierung an. Überall dort, wo vorhandene Verträge mit privaten Reinigungsunternehmen auslaufen, soll eine Vergabe der Reinigung an den Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung erfolgen. Hier können schnell und unkompliziert zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt und fest an den jeweiligen Schulen eingesetzt werden.